

Herr Eggert erläutert die Situation hinsichtlich der Gründung einer Sekundarschule in Engelskirchen.

Die Bezirksregierung Köln habe mit Verfügung vom 03.02.2012 die Errichtung einer Sekundarschule in Engelskirchen zum 01.08.2012 genehmigt. Die Sekundarschule sei mit drei Parallelklassen pro Jahrgang genehmigt worden. Die Genehmigung stehe unter dem Vorbehalt des Widerrufs für den Fall, dass bei der Errichtung die Zahl von mindestens 75 Anmeldungen von Kindern aus dem Gemeindegebiet von Engelskirchen unterschritten werde.

Im Vorfeld der Genehmigung hätten die Gemeinden Marienheide und Lindlar sowie auch die Stadt Gummersbach Bedenken gegen die Gründung der Sekundarschule erhoben. Daher habe bei der Bezirksregierung Köln ein Mediationsgespräch stattgefunden. Die Bedenken aus Lindlar seien eher allgemeiner Natur gewesen, die Stadt Gummersbach habe bei einer mehr als dreizügigen Sekundarschule eine Gefährdung der Gesamtschule Derschlag gesehen (bei mind. 100 gemeindeeigenen Kindern aus Engelskirchen wäre eine vierzügige Sekundarschule in Engelskirchen denkbar).

Die Gemeinde Marienheide gehe davon aus, dass aufgrund der Einrichtung der Sekundarschule in Engelskirchen die aus dem Gebiet Engelskirchen an die Gesamtschule Marienheide einpendelnden Schülerinnen und Schüler zu einem großen Teil ausbleiben werden.

Es sei davon auszugehen, dass mittel- und langfristig die Schülerzahlen der Gesamtschule im Bereich der Sekundarstufe I erheblich zurückgehen, was zur Folge habe, dass die Gesamtschule künftig evtl. nur noch 4-zügig betrieben werden könne. Erschwerend komme hinzu, dass auch die Stadt Gummersbach über die Gründung einer Sekundarschule nachdenke.

Die Bezirksregierung Köln führe in ihrer Verfügung vom 03.02.2012 an, eine (noch nicht belegte) Reduzierung der Zügigkeit auf vier Züge würde die Gesamtschule Marienheide in ihrem Bestand nicht gefährden, sondern lediglich den Investitionsaufwand der derzeitigen PPP-Maßnahme, dem eine Fünfzügigkeit in der Sekundarstufe I zugrunde liege, teilweise negieren, sodass bei Abwägung der schutzwürdigen Interessen von Marienheide und Engelskirchen zugunsten einer Errichtung der Sekundarschule in Engelskirchen entschieden wurde.

Entgegen der ursprünglichen Informationen sei verwaltungsseitig entschieden worden, kein Rechtsmittel gegen die vorgenannte Genehmigung einzulegen.

Bis zum 05.03.2012 hätten 70 Anmeldungen gemeindeeigener Kinder aus Engelskirchen vorgelegen. Dennoch sei, wie zwischenzeitlich bekannt wurde, seitens der Genehmigungsbehörde eine mündliche Zusage zur Schulgründung erteilt worden. Ausschlaggebend hierfür sei die durch die Stadt Gummersbach und die Stadt Wiehl erteilte Zustimmung gewesen, fünf aus deren Stadtgebiet vorliegende Anmeldungen für die Errichtung mit zu berücksichtigen. Dies führe dazu, dass diese fünf Schüler dem erforderlichen Quorum hinzugerechnet werden, sodass hierdurch die für die dreizügige Eingangsklasse geforderte Mindestzahl von 75 „eigenen“ Schülern erreicht werde. Die bei einem solchen Vorgehen notwendige Abstimmung einer überörtlichen Schulentwicklungsplanung, dazu hätte dann auch die Gemeinde Marienheide gehört, sei unterlassen worden. Die Bezirksregierung halte die Zustimmung der Städte Wiehl und Gummersbach zur Aufnahme der 5 Schüler für ausreichend.

Angesichts dieser Interpretation der Rechtslage sei eigentlich die Frage nach Rechtsmittel einlegung gegen die Genehmigungsverfügung zu prüfen, da infolge der Abweichung vom Quorum, dessen nun vorgenommene Auslegung nicht Gegenstand des Mediationsverfahrens gewesen sei, die Gemeinde Marienheide neu beschwert werde.

Nach dem Anmeldeverfahren für das Schuljahr 2012/2013 könne bereits jetzt festgestellt werden, dass sich die Anmeldezahlen aus dem Raum Engelskirchen im Verhältnis zum Vorjahr erheblich verringert hätten. Auch sei bekannt geworden, dass die Gemeinde Engelskirchen Eltern aus ihrem Bereich kontaktiert hätten, um auf deren bereits getroffenen Schulwahl (Gesamtschule Marienheide) Einfluss zu nehmen.

Herr Krug, Rektor der Gesamtschule, teilt im Übrigen mit, dass für die Sekundarstufe II derzeit 130 Anmeldungen vorliegen, die nicht alle berücksichtigt werden könnten.